

Beschlussprotokoll II

der 27. Sitzung des Bundesrates vom 18. August 1971

A. Aussprachen

1. Die Währungskrise

Herr Celio orientiert den Rat über die Entwicklung der Lage. Er verweist auf die erste Ausgabe des Währungs-Bulletins, das vom Finanzdepartement zur internen Information herausgegeben wird und nach Weisung des Departementschefs grundsätzlich nur Meldungen enthalten soll, die nicht bereits über die Massenmedien zur Kenntnis aller Beteiligten gelangt sind. Die Leitung der Arbeitsgruppe obliegt nun Direktor R. Bieri (FV). An den Verhandlungen nehmen ferner Botschafter Jolles, Direktor der Handelsabteilung, Generaldirektor Hay von der Nationalbank, sowie die Vizedirektoren Bernhard Müller und Bruno Müller von der Finanzverwaltung teil. Ferner sind auch der Delegierte für Konjunkturfragen, der Finanz- und Wirtschaftsdienst des EPD sowie die OZD beigezogen worden. Die Arbeitsgruppe ist gleichzeitig mit dem Bundesrat am Mittwoch morgen zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten.

Eine sehr heikle Frage, die nun in den Vordergrund tritt, betrifft die Schliessung des Devisenmarktes. Wie lange kann diese Schliessung ohne allzu negative Rückwirkungen durchgehalten werden? Der Chef des FZD hält dafür, dass eine Oeffnung vor dem nächsten Montag nicht in Frage kommt. Denkbar ist hingegen, dass nebst den Touristen auch kleineren Firmen, die finanzielle Ueberbrückungsschwierigkeiten haben, entgegengekommen werden soll. Eine vorzeitige Oeffnung des Devisenmarktes käme heute innert kürzester Zeit einem Zwang zur Aufwertung gleich. Zu beachten ist auch die Situation der Nationalbank, die heute Dollars im Werte von über 10 Milliarden besitzt, wovon nur ein kleiner Teil kursgesichert ist.

Unser erstes und intensivstes Bestreben muss es heute sein, eine neue Aufwertung des Schweizerfrankens zu vermeiden. Wenn zu der bereits beschlossenen Aufwertung und zur Importtaxe der USA von 10 % nun nochmals eine Aufwertung käme, wäre dies für die schweizerische Wirtschaft von erheblichem Schaden. Doch wie kann man aus der derzeitigen Krise herauskommen? Ein Ausweg ist heute umso weniger abzusehen, als offensichtlich auch innerhalb der EWG grosse Meinungsverschiedenheiten bestehen, insbesondere zwischen Paris und Bonn. Eine Einigung wird sehr schwer sein. Neuerdings sind auch Bestrebungen im Gange, den sogenannten Zehnerklub zusammenzubringen. Wir wären daran nicht



- 2 -

uninteressiert, da wir dort ein formelles Beobachterstatut besitzen. Sicher aber können in der heutigen Situation keine Beschlüsse gefasst werden.

Die Schweiz hat heute insbesondere drei Möglichkeiten: Sie kann flotieren, sie kann eine Devisenbewirtschaftung einführen, oder sie kann schliesslich versuchen, durch eine Verstärkung des am letzten Freitag in Kraft getretenen neuen Gentleman Agreement der Banken durchzukommen. Herr Celio ist bezüglich dieser dritten Variante aber nicht sehr optimistisch.

Sorgen macht uns auch die Tatsache, dass die Einführung einer kompletten Devisenbewirtschaftung innert weniger Tage fast undurchführbar erscheint. In den ersten Nachkriegsjahren stand dafür noch die Verrechnungsstelle mit ihrem vollen Bestand zur Verfügung, heute ist dies nicht mehr der Fall. Je mehr man die Sache überlegt, zeigt sich aber, dass uns wahrscheinlich nichts anderes bleiben wird als eben doch in diesen sauren Apfel der Devisenbewirtschaftung zu beissen.

Herr Celio orientiert dann den Rat über die Besprechung, die Herr Botschafter Stopper, Präsident der GD der Nationalbank, in Paris mit Paul Volcker, dem Sonderdelegierten Nixons, gehabt hat. Herr Stopper ist offenbar enttäuscht aus Paris zurückgekehrt. Volcker kommentierte eingehend das ganze Programm, das Nixon entwickelt hat, und drängte darauf, dass es gewissermassen en bloc von den europäischen Staaten angenommen werde. Den USA geht es offenbar um einen Versuch, die andern Länder, deren Währung gegenüber dem Dollar nicht befriedigt, zu einer kräftigen Aufwertung zu zwingen. Aus dem Gespräch mit Volcker ist zu entnehmen, dass die USA offenbar auf der Importabgabe von 10 % so lange beharren wollen, bis die andern Staaten nachgeben, und zwar insbesondere die Japaner und die Deutschen. Eine deutsche Offerte auf Aufwertung der Mark von 10 % soll Volcker nicht akzeptiert haben mit dem Hinweis, dass alle aufwerten müssen. Schliesslich schwebt den USA offenbar vor, den Dollar als Währungsgrundlage durch die Ziehungsrechte beim Währungsfond zu ersetzen. Publizistisch sollte man über das Gespräch zwischen Volcker und Stopper keine weiteren Angaben machen. Am besten ist es, einfach Kenntnis davon zu geben, dass Herr Stopper den Chef des FZD orientiert und dieser den Bundesrat informiert hat. Der Chef des FZD legt ferner Wert darauf, während der ganzen Woche weder am Radio noch am Fernsehen irgendwelche Erklärungen abzugeben, da alles falsch gedeutet werden könnte.

- 3 -

In der allgemeinen Aussprache unterstreicht Herr Brugger zunächst nochmals seine besondere Sorge um die Uhrenindustrie, die geltend macht, dass sie nun in den USA an geradezu prohibitive Schranken stossen könnte. Auch die Schuhindustrie sieht Schwierigkeiten, doch dürfte sich hier ein Weg finden lassen; quantitativ fehlt ihr Anteil im übrigen nicht besonders ins Gewicht. Herr Tschudi teilt die Auffassung von Herrn Celio, dass man im Moment nichts entscheiden kann, es scheint ihm aber doch, dass der Bundesrat seinen Entscheid auch nicht zu weit hinauschieben darf. Wenn in Aussicht genommen wird, die Devisenmärkte nächste Woche wieder zu öffnen, so muss der Bundesrat offenbar über das Wochenende zusammenkommen.

Der Rat beschliesst, am Samstag morgen um 8 Uhr im Bernerhof eine ausserordentliche Sitzung abzuhalten.

2. Budget 1972

Das Finanz- und Zolldepartement unterbreitet dem Rat einen weiteren Zwischenbericht vom 17. August 1971 zum Vorentscheid und beantragt, die vom FZD in Aussicht genommenen Ausgabenkürzungen gutzuheissen sowie die pauschale Reserve für Personalvermehrungen auf 750 Stellen festzusetzen. Herr Celio erläutert kurz einzelne Positionen, wobei er unter anderem auf den Posten von 100 Millionen für die Flugzeugbeschaffung verweist, die ins Budget 1972 aufgenommen und dann auf das Jahr 1973 übertragen werden sollen. Herr von Moos möchte diese Uebertragung noch näher geklärt sehen, da diese Position seines Erachtens dann doch sowohl das Budget als die Rechnung 1973 belastet. Bezüglich des Personals hält Herr von Moos dafür, dass bei den Kadern der Arbeitseifer im allgemeinen gut ist, dass diese gleiche Feststellung aber nicht für die gesamte Bundesverwaltung Geltung beanspruchen könnte. Herr Tschudi ist mit den neuen Vorschlägen des FZD einverstanden, glaubt aber, dass es eine wenig ertragreiche Übung ist, beim Nationalfonds 3 Millionen abzustreichen. Herr Reverdin wird diesen Betrag im Parlament ohne besondere Schwierigkeiten wieder zurückgewinnen. Die Personalplafonierung (750 Stellen) mag sicher ihre guten Seiten haben, es darf aber auch nicht übersehen werden, dass für bestimmte Abteilungen wie namentlich die Technischen Hochschulen Ausbaupläne bestehen, die man nicht jedes Jahr wieder abändern kann. Herr Bonvin gibt, wie schon Herr Celio, seiner Genugtuung darüber Ausdruck, dass die Zusammenarbeit der Chefbeamten zwischen dem FZD und den übrigen Departementen bei der Ausarbeitung des Voranschlages sehr gut war. Es dürfte gelungen sein, ein unter dem Gesichtspunkt der Konjunkturpolitik vertretbares Budget zu schaffen. Herr Brugger hält dafür, dass man mindestens den Anschein eines konjunkturgerechten Budgets erweckt. Es darf aber nicht übersehen werden, dass die Ausgaben um 15 bis 16 % steigern (inkl. Teuerung natürlich), was bestimmt im Parlament und

in der Öffentlichkeit Kritik rufen wird, da die Steigerung grösser ist als das Sozialprodukt. Auch die Technischen Hochschulen sollten sich mit ihren Forderungen in die Reihe stellen. Die Arbeitsdisziplin ist dort nicht durchwegs glänzend, wie Herr Brugger auf Grund persönlicher Erfahrungen feststellt. Es scheint ihm auch, dass die Mittel dieser Schulen nicht immer optimal eingesetzt werden. Herr Graber hält den vom FZD nun vorgelegten Entwurf für *raisonable et sain*. Das EPD ist besonders an zwei Punkten interessiert: Bei den Bauten und Anlagen sind 10 Millionen gestrichen worden, was sich unter Umständen auch auf den Bau von Botschaftsgebäuden auswirkt. Das Hinausschieben solcher Bauten ist aber nicht unbedingt immer die beste Lösung, und vor allem nicht die billigste. Beim Personal ist die Situation so, dass das EPD seit einiger Zeit die ihm jeweils zugebilligten Stellen gar nicht voll besetzen kann. Sollte es im Jahre 1972 möglich sein, mehr Leute zu finden als bisher, möchte sich das EPD nicht unbedingt an die nun fixierte Zahl von 70 neuen Stellen gebunden sehen. Herr Bundespräsident Gnägi kommt seinerseits auf die Position für die Kampfflugzeuge zu sprechen und betont die Notwendigkeit einer Abklärung der budgettechnischen und rechtlichen Fragen, die sich hier stellen. In seinem Schlussvotum macht Herr Celio darauf aufmerksam, dass gegenwärtig insgesamt 1'200 bewilligte Stellen noch unbesetzt sind. Zusammen mit den 750 neu bewilligten Positionen sollte für das Jahr 1972 damit doch genügend Spielraum gegeben sein. Bezüglich der Beiträge an den Nationalfonds überlässt Herr Celio den Entscheid dem Rat.

Beschluss: Den vom FZD zugestellten, überarbeiteten Voranschlägen wird zugestimmt, unter Erhöhung des Beitrages für den Nationalfonds um 3 Millionen Franken.

3. Reden von Ausländern in der Schweiz

Das JPD hat dem Rat ein Memorandum unterbreitet, datiert vom 16. August 1971. Darin wird die Vorgeschichte des heutigen "Rednerbeschlusses" dargelegt, die Gründe seines Erlasses und die Praxis des Bundesrates im Verlaufe der Jahre. Nach der Auffassung des Chefs des JPD drängt sich eine Aussprache darüber auf, ob auch für die Zukunft an den bisherigen Grundsätzen festgehalten werden soll. Es ist vorgesehen, den ganzen Fragenkomplex durch eine Arbeitsgruppe überprüfen zu lassen mit dem Auftrag, dem Bundesrat einen Bericht zu erstatten. In seinen ergänzenden Ausführungen verweist Herr von Moos auf die Diskussionen, die in letzter Zeit wiederholt mit den Kantonsregierungen (Polizeidirektoren) stattgefunden haben. Der Rednerbeschluss ist ein wahres Tummelfeld der Demagogie, denn er wird häufig in den Vordergrund gespielt, wo ganz andere Gründe gegen die Zulassung ausländischer Redner sprechen, so zum Beispiel Einreisesperrungen gegen Leute, die auf Grund von Widerhandlungen gegen unsere Rechtsordnung erlassen worden sind. Die vorgesehene Arbeitsgruppe sollte zunächst lediglich Leute aus der

- 5 -

Bundesverwaltung, insbesondere der Bundesanwaltschaft, der Fremdenpolizei und des EPD umfassen. Die kantonalen Polizeidirektoren sollen erst später beigezogen werden. Die primäre Frage, die der Arbeitsgruppe zu Stellen ist, lautet dahin, ob die Richtlinien aus dem Jahre 1966 revisionsbedürftig sind.

In der allgemeinen Aussprache äussert Herr Tschudi Bedenken gegen die vorgesehene Zusammensetzung der Arbeitsgruppe. Man sollte hier von Anfang an auch eine Vertretung der Publizistik oder der Politologie haben. Herr Bundeskanzler Huber legt Wert auf die Feststellung, dass die Ausführungen des Bundesrates im Geschäftsbericht 1966 für die Arbeitsgruppe nicht als massgebende Grundlage bezeichnet werden sollten, ansonst sie nichts anderes als deren Verfassungsmässigkeit überprüfen kann. Die Arbeitsgruppe sollte aber insbesondere auch die Zweckmässigkeit und die Handhabung dieser Richtlinien behandeln. Herr Celio schliesst sich diesen Ausführungen des Bundeskanzlers an. In materieller Hinsicht sollte eine Lösung in der Richtung einer Liberalisierung gesucht werden. Gerade aus der neusten Zeit gibt uns der Fall Vietnam zu denken: Wir haben wiederholt Rednern, die die amerikanischen Methoden kritisieren wollten, verboten, bei uns zu reden - nun sind in den USA grosse Prozesse im Gang, in denen die Amerikaner selbst sich über ihre Verbrechen in USA Vorwürfe machen. Auch das Verfahren lässt zu wünschen übrig. Nach den geltenden Bestimmungen kommt es immer wieder vor, dass die Kantone eine ganz unterschiedliche Praxis verfolgen. Herr Graber stellt fest, dass es sehr schwer ist, eine gesetzliche Formulierung zu finden, die für alle Fälle zu einem befriedigenden Ergebnis führt. Was "politisch tragbar" ist, wird je nach den Umständen ganz anders interpretiert. Sicher ist aber, dass heute in breiten Kreisen der Wunsch nach einer Liberalisierung unserer bisherigen Praxis besteht. Nach der Ansicht von Herrn Graber sollten die Entscheide überhaupt durchgehend in den Kantonen fallen; wenn es dabei zu einer unterschiedlichen Praxis von Kanton zu Kanton kommt, ist das kein Landesunglück. Schliesslich äussert sich auch der Chef des EPD zu Gunsten einer Erweiterung der vom JPD in Aussicht genommenen Arbeitsgruppe. Herr von Moos nimmt von diesen Ausführungen Kenntnis, hält aber daran fest, dass in der ersten Phase nur die Fachleute aus der Verwaltung beigezogen werden sollen. Ueber deren Arbeit ist dann zunächst der Bundesrat zu orientieren, desgleichen die Konferenz der kantonalen Polizeidirektoren, worauf die Erweiterung der Gruppe ins Auge zu fassen wäre.- Der Bundesrat wird auf die Angelegenheit und hier insbesondere auf das Problem der Erweiterung der Arbeitsgruppe zurückkommen, sobald der Bericht der Arbeitsgruppe Bundesverwaltung vorliegt.
der

4. Konsultativkommission für das Ausländerproblem

Diskussionsgrundlage ist ein Bericht des JPD vom 30. Juli 1971, worin auf Mängel der Information und der Koordination zwischen der Konsultativkommission für das Ausländerproblem einerseits und der Bundesverwaltung andererseits hingewiesen wird. Im Hinblick auf eine bessere Koordination sollte die Konsultativkommission, jedenfalls ihre Leitung, über die aktuellen Fragen, den Stand von Verhandlungen und die von den Behörden verfolgten Absichten im Bereiche des Ausländerproblems orientiert werden. Demgegenüber sollten die Ergebnisse aus der Tätigkeit der Konsultativkommission den zuständigen Bundesinstanzen laufend zur Kenntnis gebracht und von diesen ausgewertet werden. Es ist vorgesehen, einen Koordinationsausschuss zu bestellen, bestehend aus je einem Vertreter des Politischen Departements, der Eidgenössischen Fremdenpolizei, des BIGA und des BSV sowie zwei Vertretern der Konsultativkommission.

Herr von Moos gibt ferner Kenntnis davon, dass der Präsident der Konsultativkommission, Herr Ducommun, ihm in einem Schreiben mitgeteilt hat, dass die Kommission im Herbst einen Zwischenbericht erstatten werde, und dass dann anschliessend eine Ablösung der Kommission durch einen Delegierten des Bundesrates für das Ausländerproblem erfolgen sollte. Der Rat nimmt mit einigem Erstaunen von dieser Anregung des Präsidenten der Konsultativkommission Kenntnis. - Die Herren von Moos und Brugger werden beauftragt, die Fragen der Koordination und die Probleme, die sich aus dem Schreiben von Herrn Ducommun ergeben, mit einer kleinen Delegation der Konsultativkommission baldmöglichst zu besprechen und nachher dem Bundesrat wieder Bericht zu erstatten.

II. Umfrage

Herr von Moos

- orientiert den Rat über die Verhandlungen der Kommission des Nationalrates für die Initiative Deonna (Erlass eines Spezialgesetzes für die Vorauszahlungs- und die Abzahlungsgeschäfte). Die Kommission hat das JPD beauftragt, ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen;
- gibt dem Rat davon Kenntnis, dass das Auslieferungsbegehren der USA für den amerikanischen Staatsbürger Leary am letzten Donnerstag Nachmittag nun eingetroffen ist. Es wird derzeit geprüft und übersetzt. In Präzisierung der Zuständigkeitsordnung ist festzuhalten, dass auf Grund der Delegationsordnung in erster Linie die Polizeiabteilung zu entscheiden hat, mit Rekursmöglichkeit bis an den Bundesrat - es sei denn, dass Leary Einwendungen erhebt gestützt auf einen Staatsvertrag, ein Auslieferungsgesetz oder eine Gegenrechterklärung; in diesem Falle würde das ganze Dossier direkt dem Bundesgericht zugestellt.

- 7 -

Herr Tschudi

- ✓ - verweist darauf, dass Carl Jakob Burckhardt am 10.9.71 seinen 80 Geburtstag feiert. Der Bundesrat sollte gratulieren. Es wird also beschlossen.

Herr Graber

- orientiert über die vorgesehene Erledigung der Aktion "fliegender Teppich" des Deutschschweizer Fernsehens. Es ist vorgesehen, die Uebergabe der Unterschriften im Politischen Departement zu filmen, und dabei gleichzeitig die Gelegenheit zu einer sachlichen Information in dieser Angelegenheit zu benützen. Herr Graber erinnert in diesem Zusammenhang auch an seine Pressekonferenz über die Hilfe für die Pakistan-Flüchtlinge. Der Standpunkt des Bundesrates wurde im allgemeinen gut begriffen, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen. Der Animator von "Terre des hommes", Herr Kaiser, hat sich leider zu einer öffentlichen Behauptung hinreissen lassen, worin er bestritt, dass die Regierungen von Indien und Pakistan nicht geneigt seien, Flüchtlinge ausreisen zu lassen. Herr Graber hat ihn in der Folge zitiert und ihm von den formellen diplomatischen Unterlagen Kenntnis gegeben, auf die er sich bei seinen Erklärungen in der Pressekonferenz gestützt hatte.

23.8.1971 Br/Ba

BUNDESKANZLEI

geht an die Herren:

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)